

Originalpreis:
 für den Jahrgang 1896
 2 Mark 50 Pf., bei den Buchhändlern
 und Verlegern 3 Mark, außerdem
 für den Posttransport 10 Pf.

Verkaufspreis:
 täglich mit Ausnahme der
 Sonn- und Feiertage abends.
 Preis pro Nummer: 10 Pf.

Dresdner Journal.



Verkaufsstellen:
 für den Jahrgang einer gebundenen
 Ausgabe 20 Pf., für den Jahrgang
 20 Pf., unter „Eingangs“-
 die Seite 20 Pf.
 Bei Tabellen- und sonstigen
 entsprechenden Aufträgen.

Verleger:
 Königlich-Preussische
 Verlagsanstalt
 Dresden, Jägerstr. 10.
 Preis pro Nummer: 10 Pf.

Nr. 46.

Dienstag, den 25. Februar, abends.

1896.

Amtlicher Teil.

Dresden, 24. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den bisherigen ordentlichen Professor an der Universität Freiburg i. B. Dr. phil. Franz Studniczka vom 1. Oktober dieses Jahres ab zum ordentlichen Professor für Archäologie in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig zu ernennen.

Dresden, 24. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der außerordentliche Professor an der Universität und Direktor des sächsischen Museums zu Leipzig Dr. Theodor Schreiber das ihm von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehene Ritterkreuz 1. Klasse des Herzoglich Sachsen-Erbsächsischen Hausordens annehme und anlege.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Generalmusikdirektor Hofrat Schuch das von Sr. Majestät dem Könige von Württemberg ihm verliehene Komturkreuz 2. Klasse des Friedrichsordens annehme und trage.

Se. Majestät der König haben dem Ökonomen-Absolvent Paul Philipp den Rang und Titel eines Ökonomenrats Allergnädigst zu verleihen geruht.

und zwar im Parlament, in der Landesverwaltung und im Gericht gewährt, von dem allen die Gesellschaft doch nicht verleiht, und kennzeichnet diese Verfassung als die Vertretung der Verständigen durch die Unverständigen. Dieser Beifall aber verwandelte sich in ein kleinlautes Schweigen derselben Zuhörer bei dem Hinweis auf das Christentum, als das einzige wirksame Mittel zur Erziehung des vierten Standes.

Zwei Monate nach diesem Vortrage, im Februar 1890, ist der gelehrte Redner mit einer Erklärung über die Änderung des Landtagswahlrechts in Sachsen an die Öffentlichkeit getreten. Gestatten Sie einem Hörer jenes ersten Vortrags einige Worte über den Eindruck dieser zweiten Kundgebung. Es war der einer Enttäuschung. Der Glanz des mit Schwung und Begeisterung gesprochenen Wortes ist in der schriftlichen Erklärung nicht wieder zu finden. An die Stelle der blendenden geistvollen Wendungen des mündlichen Vortrags sind leere, bei solcher Verwendung nicht einmal zutreffende Gemeinplätze getreten. Der Verfasser fühlt sich verpflichtet, Stellung zu der Wahlrechtsvorlage zu nehmen, als ein Mann, der sein Vaterland liebt. Aber er kennt dieses Vaterland nicht. Vor seinen Augen steht das Vaterland, wie er es zweifellos mit bester Absicht in seinem Kopfe sich zusammengebaut hat, aber nicht, wie es in Wirklichkeit ist.

Der Grundfehler seiner Darstellung liegt in der Auffassung des Staates und des Wahlrechts. Der Verfasser sucht seine Meinung, daß die beabsichtigte Änderung des Landtagswahlrechts eine Ungerechtigkeit bedeute, mit dem Satze zu begründen, der Staat sei ein politischer Körper zur Nachahmung bestimmt; der Grundgedanke unserer modernen konstitutionellen Verfassung ist, daß die, welche die Macht des Staates bilden, auch einen gewissen Anteil an der Macht des Staates besitzen sollen.

Dies wird das Mittel mit dem Zwecke verwechselt. Die Macht ist nicht Zweck und Bestimmung des Staates. Sie soll nur das Mittel sein, dessen der Staat bedarf, um seinen Zweck zu erfüllen. Die Aufgabe des Staates ist eine höhere, allgemeinere: er hat das Wohl der Gesamtheit seiner Angehörigen zu schützen und zu fördern, Rechtsstörungen abzuwenden und durch gemeinnützige Einrichtungen jedem Einzelnen innerhalb der nach Beruf und gesellschaftlicher Stellung ihm zuzurechnenden Sphäre, die freie Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen. Je höher die Kultur in einem Staate geliegt ist, um so reicher und mannigfaltiger sind die der Erreichung des Staatszweckes dienenden Einrichtungen, desto erheblicher die zu Unterhaltung der Einrichtungen erforderlichen Mittel. Die Sicherung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Staates im Verkehr mit anderen Staaten, die zweckdienliche Einrichtung und Leitung der Behörden für Rechtspflege und Verwaltung, die gebrüderliche Einwirkung der Verfassungen und sonstigen gemeinnützigen Anstalten, die Küststellung und Ausbildung der Wissenden und die Beschaffung der zu dem allen nötigen Mittel erfordern einen hohen Grad von Erfahrung, Weisheit, Umsicht und Arbeitskraft, der nur durch eine besondere Berufsbildung und durch Beschäftigung in den verschiedenen Gebieten der öffentlichen Wirksamkeit erworben werden kann.

darum die Änderung des Wahlrechts „eine Ungerechtigkeit“. Die Klassen — sagt er — bezeichnen ihr Wahlrecht mit Grund als ein Mittel, auf die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage hinzuwirken.“ Also „mit Grund“. Aber gleich darauf spricht er: „Die Klasse ist urteilsunfähig. Das ist gewiß.“ Er bezeichnet es als die Voraussetzung aller Wahlgerechtheit, daß die in allen Ständen jährlich vertretene Menge der Urteilsfähigen von den wenigen Urteilsfähigen geführt wird. Also die wenigen Urteilsfähigen sollen die Führung haben, aber der Gesetzgeber darf es nicht aussprechen. Er soll den Urteilsfähigen sagen: „Ihr habt alle das gleiche Wahlrecht, aber ich setze voraus, daß Ihr Euch von den Urteilsfähigen führen laßt.“ Das ist die Gerechtigkeit nach Sophokles.

Der Herr Professor nennt es gleichfalls gewiß, daß die Führung der niederen Volksmassen heute vielfach in schlechten Händen ist. Aber das sei nicht die Schuld des Wahlrechts. Gegenüber diesem Uebelstande erblickt er den positiven Wert unseres Wahlrechts darin, „daß es uns nötigt, aus allen Kräften daran zu arbeiten, daß die Führung der Masse in die rechten Hände komme. Das bestehende Wahlrecht zwingt uns gewissermaßen zum Kampf um die Seele des Volkes.“ Das ist schon gesagt. Aber wie sieht es in der Wirklichkeit aus? Dreißig Jahre lang hat das bestehende Wahlrecht geübt, und zu diesem Kampfe zu zwingen. Es ist auch gekämpft worden und sehr heiß, wie an jedem Wahltage zu sehen war. Trotzdem ist die sozialdemokratische Bewegung fortwährend geliegt. Sohin scheint erstlich zu hoffen, daß die Führung der niederen Volksmassen in bessere Hände kommen werde. Da verkennt er seine Leute. Die „wenigen Urteilsfähigen“ kann man führen, weil sie sich durch Gründe überzeugen lassen. Die „urteilsunfähige Masse“ aber, die zur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit aufgeheißelt ist, läßt sich nicht führen. Sie verlangt Befriedigung ihrer Gelfüste und reut, wie die Weisheit jeder Unzufriedenheit gelehrt hat, selbst ihre Führer über den Haufen, wenn sie ihr nicht den Willen thun. Im Laufe der Bewegung wächst die Leidenschaft. Die anfangs noch gemäßigten anstreifenden Unzufriedenen müssen einer stürmischer vorgehenden Masse weichen. In der französischen Revolution von 1789 wurde die konstituierende Versammlung samt Gironden von den Jakobinern gestürzt. Auf den Sturm der Bastille folgte der Sturm der Tuilleries; die Gironden wurden von den Terroristen unterdrückt; der Sturm machte vor dem Throne nicht Halt, die Herrschaft der Jakobiner unter einem Robespierre, Danton, Marat erbigte mit der Hinrichtung Robespierres und der Abschaffung des Christentums, bis ein herrschsüchtiger Soldat die Unerträglichkeit der Volksherrschaft von einer schamungslosen Säbelherrschaft zu Grabe getragen wurde. Soweit soll es bei uns nicht kommen.

Nichtamtlicher Teil.

Rudolph Sohn über das Wahlrecht in Sachsen.

Von wohlunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Am 14. Dezember 1895 hielt der vch. Hofrat Prof. Dr. Sohn aus Leipzig auf Ersuchen der Gesellschaft in Dresden einen glänzenden Vortrag über die Entwicklungsgeschichte des modernen Staates. Mit glänzender Beredsamkeit stellte er, auf die Anfänge der Staatsentwicklung zurückgehend, den Krieg als den Vater des Staatswesens dar, schilderte das militärische Staatswesen des Mittelalters, zeigte, wie um das Ende des Mittelalters das in die Wissenschaft eingedrungene Bürgertum zum Bewusstsein seiner Macht gelangte, wie aus dem alten Feudalstaate zunächst der ständische Staat sich entwickelte, aus diesem der bürgerliche; wie aus dem Kampfe gegen das der Gesellschaft entsprechende bürgerliche Neantum in unserem Jahrhundert die parlamentarische Verfassung hervorging, welche der Gesellschaft Anteil an der Regierung gewährt, und kam zuletzt zur Beantwortung der Frage, ob die jetzt entstandene Bewegung des vierten Standes, der erfüllt ist von Hoff gegen alles Bestehende, gegen alles, was dem bürgerlichen Staate und der bürgerlichen Gesellschaft teuer und heilig ist, Aussicht auf baldigen Erfolg habe? Sohn verneinte diese Frage. Fünf Jahrhunderte habe das Bürgertum gebraucht, um zur Herrschaft zu gelangen, weil es erst durch die Geschichte zu seiner Aufgabe errogen werden mußte. Der vierte Stand sei noch unerzogen zur Freiheit. Seine Erziehung zu übernehmen sei die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft; es gelte die Entwicklung der freien individuellen Persönlichkeit, diese aber werde nicht durch Geld, Besitz oder Wissen, sondern allein durch das Christentum, das selbstberlebte durchgegeistigte Christentum erwirkt. In diesem Sinne auf die Erziehung des vierten Standes zu wirken, sei die vornehmste Aufgabe des bürgerlichen Staates, der heutigen bürgerlichen Gesellschaft.

Unter lebhaftem Beifall eines gewissen Teils der Zuhörer schilderte der Redner, wie die parlamentarische Verfassung der Gesellschaft Anteil an der Regierung

gewährt, und kennzeichnet diese Verfassung als die Vertretung der Verständigen durch die Unverständigen. Dieser Beifall aber verwandelte sich in ein kleinlautes Schweigen derselben Zuhörer bei dem Hinweis auf das Christentum, als das einzige wirksame Mittel zur Erziehung des vierten Standes.

Zwei Monate nach diesem Vortrage, im Februar 1890, ist der gelehrte Redner mit einer Erklärung über die Änderung des Landtagswahlrechts in Sachsen an die Öffentlichkeit getreten. Gestatten Sie einem Hörer jenes ersten Vortrags einige Worte über den Eindruck dieser zweiten Kundgebung. Es war der einer Enttäuschung. Der Glanz des mit Schwung und Begeisterung gesprochenen Wortes ist in der schriftlichen Erklärung nicht wieder zu finden. An die Stelle der blendenden geistvollen Wendungen des mündlichen Vortrags sind leere, bei solcher Verwendung nicht einmal zutreffende Gemeinplätze getreten. Der Verfasser fühlt sich verpflichtet, Stellung zu der Wahlrechtsvorlage zu nehmen, als ein Mann, der sein Vaterland liebt. Aber er kennt dieses Vaterland nicht. Vor seinen Augen steht das Vaterland, wie er es zweifellos mit bester Absicht in seinem Kopfe sich zusammengebaut hat, aber nicht, wie es in Wirklichkeit ist.

Der Grundfehler seiner Darstellung liegt in der Auffassung des Staates und des Wahlrechts. Der Verfasser sucht seine Meinung, daß die beabsichtigte Änderung des Landtagswahlrechts eine Ungerechtigkeit bedeute, mit dem Satze zu begründen, der Staat sei ein politischer Körper zur Nachahmung bestimmt; der Grundgedanke unserer modernen konstitutionellen Verfassung ist, daß die, welche die Macht des Staates bilden, auch einen gewissen Anteil an der Macht des Staates besitzen sollen.

Dies wird das Mittel mit dem Zwecke verwechselt. Die Macht ist nicht Zweck und Bestimmung des Staates. Sie soll nur das Mittel sein, dessen der Staat bedarf, um seinen Zweck zu erfüllen. Die Aufgabe des Staates ist eine höhere, allgemeinere: er hat das Wohl der Gesamtheit seiner Angehörigen zu schützen und zu fördern, Rechtsstörungen abzuwenden und durch gemeinnützige Einrichtungen jedem Einzelnen innerhalb der nach Beruf und gesellschaftlicher Stellung ihm zuzurechnenden Sphäre, die freie Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen. Je höher die Kultur in einem Staate geliegt ist, um so reicher und mannigfaltiger sind die der Erreichung des Staatszweckes dienenden Einrichtungen, desto erheblicher die zu Unterhaltung der Einrichtungen erforderlichen Mittel. Die Sicherung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Staates im Verkehr mit anderen Staaten, die zweckdienliche Einrichtung und Leitung der Behörden für Rechtspflege und Verwaltung, die gebrüderliche Einwirkung der Verfassungen und sonstigen gemeinnützigen Anstalten, die Küststellung und Ausbildung der Wissenden und die Beschaffung der zu dem allen nötigen Mittel erfordern einen hohen Grad von Erfahrung, Weisheit, Umsicht und Arbeitskraft, der nur durch eine besondere Berufsbildung und durch Beschäftigung in den verschiedenen Gebieten der öffentlichen Wirksamkeit erworben werden kann.

Um zu verhindern, daß die Interessen der verschiedenen Berufs- und Gesellschaftsklassen bei der Verfertigung der Staatsgeschäfte von dem berufsmäßig ausgebildeten Verwaltung der Staatsgeschäfte etwa außer acht gelassen werden, ist den obersten Leitern der Staatsangelegenheiten eine Volksvertretung an die Seite gestellt worden. Die Aufgabe dieser Vertretung besteht in der Aufsicht über pftändmässige Urtelgebung der Staatsgeschäfte, über zweckdienliche und haushälterische Verwendung der öffentlichen Gelder, Bewilligung der für den Staatszweck erforderlichen Mittel und Prä-

fung der Gesamtverantwortung auf ihre Vereinbarkeit mit den Rechten und Interessen der verschiedenen Bevölkerungsklassen.

Das ist von Hause aus der Zweck und Sinn dieser Staatsvertretung. So ist auch in § 78 der sächsischen Verfassungsurkunde der Beruf der Stände im allgemeinen umschrieben worden. Sie sollen der Berat sein für die Staatsregierung, können diese auch bei Ausübung der Staatsgewalt in gewissen Stücken beschränken, dürfen aber nicht mitregieren oder die Staatsgewalt selbst ausüben. Die Verfassung hat die Angelegenheiten, welche vor die Ständeversammlung gehören, bestimmt vorgezeichnet; diese dürfen ihr nicht vorzuziehen werden, andererseits darf sie sich aber auch nicht mit anderen, als diesen ihr zugewiesenen Gegenständen beschäftigen.

Gleiches gilt in allen deutschen Staaten, in denen das Königtum noch eine Wahrheit ist und die eine oberste Person nicht bloß zum Scheine als Träger der Staatsgewalt anerkennen.

In anderen Ländern ist das anders. Da ist das Staatsoberhaupt — der König, der Präsident oder wie die Person sonst heißt — nur eine Puppe, die keinen eigenen Willen haben darf; die obersten Staatsbehörden regieren nicht, sondern müssen sich regieren lassen; das Ministerium muß abtreten, wenn es in irgend einer wichtigeren Frage die Mehrheit der Volksvertretung nicht für sich hat; aus dieser nur zu oft wechselnden Mehrheit wird das neue Ministerium gebildet — Frankreich hat es, seitdem es Republik ist, in 25 Jahren glücklich zu 24 Ministerien gebracht — die wirklich Regierenden sind die gewählten Volksvertreter. Das nennt man — die deutsche Sprache hat Gott sei Dank! kein Wort dafür — parlamentarische Verfassung.

Bei dieser Regierung allerdings die Klassen; diese hat Sohn vor Augen gehabt, wenn er aus der allgemeinen gleichen Wahrpflicht und der allgemeinen gleichen Steuerpflicht ein allgemeines gleiches Wahlrecht ableiten will.

Hier zeigt sich aber der Stulengehitz. Wie kann ein allgemeines gleiches Wahlrecht aus der Wahrpflicht abgeleitet werden, da nur ein geringer Bruchteil der männlichen Bevölkerung den Dienst im Heere wirklich leistet, und diese Leistung eine verschiedenartige ist? Der eine dient die geistlich vornehmere Zeit als Soldat ab; der andere bringt eine höhere Bildung mit und leistet als Einjährig-Freiwilliger schon wertvollere Dienste; ein dritter läßt es sich zuweilen leisten, bildet sich für den Offiziersberuf aus, dient jahrelang als Offizier und legt in dem ersten Jahrzehnt dabei von seinem Vermögen zu. Wäre es gerecht, wenn diese trotz der verschiedenen Leistung, wie Sohn will, gleiches Wahlrecht hätten? Aber wenn sie nicht gleiches Wahlrecht hätten, wäre es nach Sohn ungerecht. In Wirklichkeit haben alle zusammen, so lange sie bei der Truppe stehen, überhaupt das Wahlrecht nicht. Und zwar aus sehr guten Gründen! Woher soll aber das Wahlrecht her anderen kommen, die nicht Soldaten sind und es niemals sein können? Und wie kann aus der Steuerpflicht ein allgemeines gleiches Wahlrecht hergeleitet werden, da die Steuerleistung der einzelnen außerordentlich verschiedene ist? In einer gefühlvollen Anwendung kommt Sohn selber zu der Meinung, daß die geringe Steuer des Vermögenslosen eine Leistung einen größeren Wert besitze, als die leicht getragene hohe Steuer der Reichen.“ Gerät er nicht mit sich selbst in Widerspruch, wenn er trotz dieser Meinung nur gleiches Wahlrecht verlangt? Und wie stände es, wenn wir so gefühlvoll rechnen, mit dem Werte der Leistung bei solchen, die über jede Staatssteuer klagen, freiwillig jedoch an ihre Parteiführer eine drei- oder viermal höhere Steuer entrichten?

Herr Sohn tritt für „die Naßen“ ein und nennt

ihnen die Änderung des Wahlrechts „eine Ungerechtigkeit“. Die Klassen — sagt er — bezeichnen ihr Wahlrecht mit Grund als ein Mittel, auf die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage hinzuwirken.“ Also „mit Grund“. Aber gleich darauf spricht er: „Die Klasse ist urteilsunfähig. Das ist gewiß.“ Er bezeichnet es als die Voraussetzung aller Wahlgerechtheit, daß die in allen Ständen jährlich vertretene Menge der Urteilsfähigen von den wenigen Urteilsfähigen geführt wird. Also die wenigen Urteilsfähigen sollen die Führung haben, aber der Gesetzgeber darf es nicht aussprechen. Er soll den Urteilsfähigen sagen: „Ihr habt alle das gleiche Wahlrecht, aber ich setze voraus, daß Ihr Euch von den Urteilsfähigen führen laßt.“ Das ist die Gerechtigkeit nach Sophokles.

Der Herr Professor nennt es gleichfalls gewiß, daß die Führung der niederen Volksmassen heute vielfach in schlechten Händen ist. Aber das sei nicht die Schuld des Wahlrechts. Gegenüber diesem Uebelstande erblickt er den positiven Wert unseres Wahlrechts darin, „daß es uns nötigt, aus allen Kräften daran zu arbeiten, daß die Führung der Masse in die rechten Hände komme. Das bestehende Wahlrecht zwingt uns gewissermaßen zum Kampf um die Seele des Volkes.“ Das ist schon gesagt. Aber wie sieht es in der Wirklichkeit aus? Dreißig Jahre lang hat das bestehende Wahlrecht geübt, und zu diesem Kampfe zu zwingen. Es ist auch gekämpft worden und sehr heiß, wie an jedem Wahltage zu sehen war. Trotzdem ist die sozialdemokratische Bewegung fortwährend geliegt. Sohin scheint erstlich zu hoffen, daß die Führung der niederen Volksmassen in bessere Hände kommen werde. Da verkennt er seine Leute. Die „wenigen Urteilsfähigen“ kann man führen, weil sie sich durch Gründe überzeugen lassen. Die „urteilsunfähige Masse“ aber, die zur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit aufgeheißelt ist, läßt sich nicht führen. Sie verlangt Befriedigung ihrer Gelfüste und reut, wie die Weisheit jeder Unzufriedenheit gelehrt hat, selbst ihre Führer über den Haufen, wenn sie ihr nicht den Willen thun. Im Laufe der Bewegung wächst die Leidenschaft. Die anfangs noch gemäßigten anstreifenden Unzufriedenen müssen einer stürmischer vorgehenden Masse weichen. In der französischen Revolution von 1789 wurde die konstituierende Versammlung samt Gironden von den Jakobinern gestürzt. Auf den Sturm der Bastille folgte der Sturm der Tuilleries; die Gironden wurden von den Terroristen unterdrückt; der Sturm machte vor dem Throne nicht Halt, die Herrschaft der Jakobiner unter einem Robespierre, Danton, Marat erbigte mit der Hinrichtung Robespierres und der Abschaffung des Christentums, bis ein herrschsüchtiger Soldat die Unerträglichkeit der Volksherrschaft von einer schamungslosen Säbelherrschaft zu Grabe getragen wurde. Soweit soll es bei uns nicht kommen.

Sohn führt weiter als einen wichtigen Grund gegen die Wahlvorlage an, daß die sozialdemokratische Bewegung im Lande fortkommen werde, auch wenn die Sozialdemokraten aus dem Landtage verschwand sein würden. Davon soll in einem folgenden Aufsatze gesprochen werden.

Kunst und Wissenschaft.

N. Osttheater. — Resubst. — Am 24. Februar: Schiller-Gallus VIII. Akte. „Die Jungfrau von Orléans“. Romantische Tragödie in fünf Akten mit Prolog von Schiller. Musik von Georg Ritterich.

Wann Goethe (am 20. April 1801), bei der Zurückendung der eben vollendeten Handschrift, an Schiller schreiben durfte: „Nehmen Sie mit Dank das Stück wieder: es ist so brav, gut und schön, daß ich ihm nichts zu verschreiben weiß“, so kann nach beinahe einem Jahrhundert weder das rechte Urteil noch die instinktive Empfindlichkeit einen anderen Gesamtindruck der Dichtung übertragen. Dessen Schiller in dieser Tragödie den weitesten Schritt in das Phantastische und Kunstmittelgebiet der Romantiker getan hat, wird doch nur die Verdienste, die vor dem Eingehen das Ganze nicht sieht, den richtigen, edel Schiller'schen Geist in der Anlage und der Haltung der romantischen Tragödie vermissen. Mit prophetischem Blick sah der Dichter die Fremdbürgerlichkeit über keinen Land und Volk drohen und in der dramatischen Gestaltung des wunderbaren Vorgangs der französischen Geschichte verleierte er die Empörung jeder großen Weltklasse gegen fremde Vergewaltigung. Die Welt will Wunder, die in der „Jungfrau von Orléans“ sich auslöst, ist von dem ursprünglichsten, reinen und unwiderstehlichen Gefühl der Natur durchdrungen; selbst die Wissenschaft hat anerkennen müssen, daß der Dichter in seiner Auffassung der Geschichte der Jeanne d'Arc die Wirklichkeit klarer und tiefer gesehen hat, als die nächsten Geschichtsschreiber seiner Zeit, die in dem Rücken von Domremy ein Werk des Wahnsinns erblickte. In der Phantasie und dem festlichen Schwung der „Jungfrau von Orléans“ liegt die Bausteine, die auch einer minder vollkommenen Metaphrase des warmen Anteil und lebendigen Erfolgs beim Publikum sicher.

Und minder vollkommen, als wir es bei einer ganzen Reihe von Vorstellungen des Schiller-Gallus freudig erfinden haben, war die geistige Vorbereitung nach nicht als einer Richtung hin. Zwar über trat eine gewisse Entlosgtheit empfindlich hervor. Es ist nicht die glückliche Gesamtgestaltung, in der das historische Element der Tragödie überwiegt, will man das aber, nur wohl, dann sind die hypernaturalistische Episoden, wie sie Dr. Wiener (Nouveau) gestern mit der Erklärung und Erzählung des lehrreichen Aktes einführte, schließlich nicht zu dulden, denn sie würden auch nach aus dem Rahmen eines viel realistischen Epensalles herausfallen, als hier erstrebt wird. Die Erinnerung war zum Teil prächtig, aber die Würdigung und Haltung der Stellen höchst ungenügend und unkorrekturwürdig. Eine Kunst, wie die der englischen Langzeitdramen im zweiten Akt, ein Adressengang mit so fließenden Wägen können nicht genügen. Will man idealistisch bloß die Bedeutung dieser Dinge, so gibt man bereits viel zu viel, will man die volle plastische und malerische Wirkung, so muß man größere Sorgfalt und Mühe darauf verwenden.

Doch das alles sind untergeordnete Dinge im Vergleich mit der Verzerrung der allzu zahlreichen charakteristischen Gestalten, die diese Schiller'sche Tragödie enthält. Die Rolle der Johanna d'Arc wurde von Fel. Polly gespielt, weil es endlich nicht denkbar ist, daß die gleiche Darstellung Sonntags die Maria Stuart und Montags die Jungfrau von Orléans wiedergibt. Die heroische Gestalt aber, mit der Fülle ihres Charakters, geht über die Mittel von Fel. Polly hinaus, so gern wir zugeben, daß die Künstlerin alle Kräfte anspannt, der Aufgabe gerecht zu werden. Dem Mangel an physischer Kraft legen wir das geringste Gewicht bei. Die Mängel der Auffassung, die höchst unrichtige Erklärung entscheidender Situationen, eine gewisse Eintönigkeit, das Fehlen jener Übergänge, wie aus der räumlichen Weltentrücktheit der Jungfrau die Pläne des herrlichen Jokers, der prophe-

rischen Weisheit, der plötzlichen Weisheit hervorbringt, beinträchtigen die Wirkung und hinken den Wunsch ein, Fel. Polly lieber als Agnes Sorel zu sehen, welche Rolle gestern durch Fel. Tullinger gegeben wurde. Das Regie der nicht zu ihrem Recht gekommenen Figuren würde lang werden, selbst Fel. Ulrichs Königin Johanna hatte diesmal etwas Mutes und wenig von der dämonischen Wildheit der entarteten Königinmutter. Die Herren Waldes (Georg Demuth), Bauer (Philipp von Burgund), Fortk (Talbot), Franz (Lionel), Swoboda (Johann d'Arc) machten sich um die Verbesserung verdient, ohne die Tragödie zu ihrer höchsten Wirkung erheben zu können.

Adolf Stern.

Über die Verhandlungen des Eisenbahnen der konservativen Partei mit Frau. Stöcker

veröffentlicht heute die „Conservative Correspondenz“ die nachstehenden protokolllarischen Unterlagen:

1) Protokoll über die Sitzung des geschäftlichen (Eisen-) Ausschusses des Wahlvereins der Deutschen Konservativen vom 18. Januar 1896.

Zu der für heute einberufenen Sitzung des geschäftlichen (Eisen-) Ausschusses des Wahlvereins der Deutschen Konservativen sind erschienen: Dr. Febr. v. Tsurat, Baranowicz, Dr. Wast v. Klindombrun-Horlow, Dr. v. Kröcher-Bingel.

Es ist unbedingt anzunehmen, daß in den letzten Verbesserungen des geschäftlichen Eisenbahnen Land vor einem guten halben Jahrhundert den Ruf gemacht hat. Den Engländern verdanken wir die erste Anlage von Gasbahnen, überallhin geleiteten Wasserleitungen und unterirdischen Ziehmaschinen. Aber wenn in England schon der Kaiser Thomas Moreus zu Anfang des 16. Jahrhunderts in seiner „Utopia“ es als einen Vorzug seines Idealstaates hervorhebt, daß in ihm ein immer fließender Strom aus Wasser vorhanden sei, so hat man doch erst neuerdings bei uns Deutschen erkannt, daß es weniger auf die Menge, als auf die Beschaffenheit des Wassers ankomme. Die meisten großartigen Filtrationsanstalten sind auf dem Kontinent, z. B. in Hamburg und Berlin, entstanden oder in der Anlage begriffen. Ueberhaupt ist nach dem Nachweis des Dr. Zege London zwar die erste Großstadt gewesen, in der in unserem Jahrhundert auf Verbesserung von Luft, Licht und Wasser von Seiten der sächsischen Behörden Gewicht gelegt wurde; es ist aber heute in mancher anderen Beziehung von den jüngeren Städten des europäischen Festlandes, so z. B. von Berlin, Hamburg und Brüssel, überholt worden. Obwohl nach immer in London die Wasserreinigung und die Abführung der unrenten Stoffe auf der Höhe der Zeit steht, so geschieht doch in der Rilmannschaft an der Themse im Vergleich zu den sächsischen Großstädten nur wenig für die Überwachung der Verfallsung der Nahrungsmittel, des Wäskentums, der Beschaffenheit des Fleisches, für die Wehygionististik der Infektionskrankheiten u. dgl. m. Der englische Verfasser hebt in dieser Richtung besonders die natürliche Reinigkeit des Engländers gegen jede Art von Impelation und Negligenz hervor, er kann aber nicht umhin, einzuräumen, daß die verschiedenen hygienischen Vorsichtsmaßregeln in vielen Punkten mäßig und gewalt und die englischen Großstädte mit ihrer ungebundenen Natur der Einzelnen weit in den Schatten gestellt haben. Gleichwohl kann er

Das erste Wort kann wahr werden, aber in einem ganz andern Sinne, als die Krönung sich zu denken läßt.

Tagesgeschichte.

Dresden, 25. Februar. Bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen und Ihrer Kaiserl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich August fand gestern nachmittag 6 Uhr eine größere Tafel statt.

Dresden, 25. Februar. An der gestrigen Tafel bei Ihrer Königl. Hoheit dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johanna Georg nahm Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Großherzogin von Toscana in Begleitung der Hofdame Gräfin Fürsheim-Waltmarin und des Oberhofmeisters Althausen zu Solm-Reifferscheid-Kaig, Geh. Rats und Kammerer, Excellenz, teil.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. Februar. Se. Majestät der Kaiser nahm heute vormittag den Vortrag des Chefs des Kabinetts und daran anschließend Ministerverträge entgegen.

Auf das von uns bereits mitgeteilte Telegramm der Abteilung Hamburg der Deutschen Kolonialgesellschaft an Se. Majestät den Kaiser vom vorigen Freitag ist folgendes Kaiserliche Antwortschreiben, an den Vorstand der Abteilung, Herrn Senator G. Oswald, gerichtet, eingetroffen:

Dem Beginn der heutigen Beratungen der Vorkommission erklärte der preussische Handelsminister Herr v. Berlepsch, die Aktion der Kaufmannschaft Berlins hätte allerdings in einem Schreiben an das Handelsministerium ausgedrückt, daß eine Prüfung der Verhältnisse des Betriebes vor Anbahnung schon jetzt möglich sei.

Seitdem verhandelte die Kommission über die Bestimmungen betreffend das Verzeichnis. Nach längerer Debatte wurde die Einführung des Verzeichnisses entsprechend der Regierungsvorlage mit allen gegen die drei preussischen Stimmen angenommen.

Die Kommission trat darauf in die Spezialberatung der einzelnen, dem Vorstehermandel betreffenden Paragraphen ein. § 45, der den Begriff der Versteigerungsfähigkeit in Waren und Wertpapieren feststellt, wurde angenommen, ebenso § 46 mit dem Auslagekamp, wonach die allgemeinen Versteigerungsbedingungen nach Anhörung von Vertretern der beteiligten Erwerbszweige vom Landrat festzusetzen sind.

Die übrigen Paragraphen des Mandates wurden mit unvotenstimmlichen Änderungen genehmigt. Auch die übrigen Paragraphen des Mandates über den Versteigerungsmittelhandel bis § 66 lasten wurden mit unvotenstimmlichen Änderungen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die „Hamburger Nachrichten“ betonen die Notwendigkeit, daß die deutsche Presse noch mehr als bisher die Unvollkommenheiten der polnischen und baltischen Zeitungen gegen Deutschland zum Ausdruck bringt.

Das Verzeichnis der deutschen Heftblätter, welche auf dem deutschen Boden, in Preussens und Ostpreussens, herausgegeben werden, wird demnächst veröffentlicht werden.

Das gestern abend in der Kreuzkirche vom Königl. Konservatorium veranstaltete Kirchenkonzert, das als Prüfungsaufführung der Orgelklasse des genannten Konservatoriums zu gelten hatte, bot eine Reihe recht erheblicher Leistungen auf dem Gebiete der Orgelmusik.

Das gestern abend in der Kreuzkirche vom Königl. Konservatorium veranstaltete Kirchenkonzert, das als Prüfungsaufführung der Orgelklasse des genannten Konservatoriums zu gelten hatte, bot eine Reihe recht erheblicher Leistungen auf dem Gebiete der Orgelmusik.

Das gestern abend in der Kreuzkirche vom Königl. Konservatorium veranstaltete Kirchenkonzert, das als Prüfungsaufführung der Orgelklasse des genannten Konservatoriums zu gelten hatte, bot eine Reihe recht erheblicher Leistungen auf dem Gebiete der Orgelmusik.

Das gestern abend in der Kreuzkirche vom Königl. Konservatorium veranstaltete Kirchenkonzert, das als Prüfungsaufführung der Orgelklasse des genannten Konservatoriums zu gelten hatte, bot eine Reihe recht erheblicher Leistungen auf dem Gebiete der Orgelmusik.

was Deutsch ist, brühte, und es ist nur selbstverständlich, daß es dabei an empfindlichen Ausfällen gegen den jüdischen Bismarck nicht fehlt.

Im Interesse der Wahrheit muß festgestellt werden, daß der älteste von uns erwähnte Versuch des Herrn v. Diehl-Daber, eine von ihm gebrauchte besonders harte Wendung zu verweigern, nicht geblüht ist.

Die Redaktion des Reichsboten erklärte sich bereit, endlich zu erklären, daß Hr. v. Diehl-Daber den Auspruch nicht geäußert hat.

Jede Partei hat heutzutage ihre Sorgen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen. Das Hr. Diehl-Daber für die Konservativen ist, das sind die agrarischen Fragen für die Nationalliberalen.

rechtenhaltung der Reichsfinanzien aus, ehre der Abg. Sieg (nat. lib.) wiederholt, daß sich kein eine Veräußerung des Prinzips der Staatsfinanzen annehmen ließe.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

schloß dieser Neuenrichtung für die Zukunft an die 1894 in 2 Bänden im Druck erschienene systematische Sammlung der bis Ende 1893 ausgegebenen statistischen Vorarbeiten.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Bericht des Abg. v. Diehl-Daber über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung der Beschränkung der Ausfuhr von Eisenbahnmaterialien wurde im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Tagesgeschichte.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Frankreich.

Paris, 23. Februar. Ein Redakteur des „Grand Journal“, einer seit kurzen erscheinenden Wochenschrift nach englischen Muster, hat den General Duchesne über die Zustände in Madagaskar interviewt. Der General erklärte folgendes: „Es sind allerdings Aufstände vorhanden, doch nur sehr unbedeutende. Die Aufstände sind nur die Folge des Mangels an Nahrungsmitteln, die durch die Unmöglichkeit der Einfuhr von Getreide aus dem Ausland entstanden ist.“

Paris, 24. Februar. (N. Br. Br.) Unter dem Titel: „Wahrheit, Freiheit, Vaterland“ publiziert Léon Say im „Journal des Débats“ den ersten Artikel einer ganzen Serie von Aufsätzen. Léon Say weist nach, daß das Ministerium mit seiner gegenwärtigen Politik die Prinzipien der Revolution verläßt. Diefen Prinzipien zufolge sei der Besitz des Eigentums nicht hochgehalten werden. In dem Begriffe Freiheit sei der Besitz des „persönlichen Eigentums“ mit eingeschlossen. Das habe Knappe erklärt, aber Bourgeois habe die Erklärung der Erklärung der Ministerrechte für notwendig, was er in seiner Yvonne Rede ausgeführt habe, indem er gesagt habe: „Man müsse der Erklärung der Ministerrechte nach die Erklärung der Pflichten der Öffentlichkeit gegenüber dem Volke hinzusetzen. Darum spricht Bourgeois, sagt Léon Say, nicht von den Pflichten des Volkes gegen die Öffentlichkeit.“ Für Bourgeois ist das soziale Leben eben nur ein Kampf ohne Ende, und die Regierung, meint Bourgeois, habe keine andere Aufgabe, als den Kampfplatz gut vorzubereiten und den Kampf durch Unterstützung der Kampfbeteiligten zu organisieren, wie es einst die Götter bei den olympischen Spielen thaten. Ein Teil der Wähler soll aber den Wählern, der andere den Triomphatoren. Es handelt nicht alle um dieselbe Seite. In diesen Kampfe, den Bourgeois unterzieht, wird die Wahrheit untergeordnet. Was wenigstens die Gleichheit betrifft, fragt Léon Say und verspricht, diese Frage in dem nächsten Artikel zu erörtern.

Das „Journal des Débats“ bespricht die Unzulänglichkeiten, die die Kammer wegen der Abwesenheit Bourgeois' vertragen, und fragt, warum man nicht den Abgeordneten Ricard an Stelle Bourgeois' nach Paris schickt. Wenn er den Präsidenten der Republik nach Paris begleiten würde, so könnte Ricard nicht jene Angelegenheiten besprechen, welche Bourgeois von ihm in Paris für die Kammer hätte besprechen sollen. Das Parlament könnte dann den Kopf schütteln und behaupten, daß Bourgeois' Abwesenheit in dem nächsten Artikel zu erörtern.

Paris, 24. Februar. (N. Br. Br.) Was Rico in Rom eingegangene Telegramme lassen keinen Zweifel darüber, daß England mit Frankreich wegen der Regulierung der ägyptischen Frage in Unterhandlungen eingetreten ist. Die Reihe der französischen Vorgesandten Gambon von Konstantinopel nach Rom hängt mit diesen Unterhandlungen zusammen; daß Gambon dort seine französische Gesandtschaft, ist ein diplomatischer Vorwand. England scheint geneigt zu sein, unter dem Druck der gegenwärtigen Isolierung, was aus Rücksicht vor einem eventuellen Konflikt mit Frankreich, den Franzosen in Ägypten sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Die Minister Bourgeois und Méliandre hielten bekanntlich gestern in einem Festmahl in Chalons politische Gespräche. Méliandre schloß die Rede, wie die „Boff. St.“ berichtet, mit diesem sozialistischen Glaubensbekenntnisse: „Wir sind eine Regierung, die sich vornehmlich mit den Verfassungen, den Armen, den Armen befaßt, deshalb treiben wir vornehmlich praktischen Sozialismus mit der Voraussetzung der Folgen, welche die Sozialwissenschaften bei der Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen vorziehen. Unser Kabinett hat in viermonatigen Vorlesungen bewiesen, daß eine radikale Regierung in unserer Republik möglich ist. Wir können in irgend einem parlamentarischen Unfälle unterziehen, wir werden aber immerhin gerechtfertigt haben, daß die fortgeschrittenen und sozialistischen Republikaner das Recht haben zu regieren.“ Bourgeois, der nach Méliandre das Wort ergreift, sagt: „Meines Vorgesandten Worte müßten manchen von Ihnen nicht scheinen, aber Worte bedeuten nichts, hinter den Worten muß man die Gedanken suchen. Unser Gedanke aber ist, daß alle Republikaner zusammenschließen sollen zur Verteidigung dessen, was im Werke der Republik dauernd ist, gegen die Feinde der Demokratie und den Geist der Rücksicht. Wir haben von Gedanken nichts zu fürchten, dagegen alles zu hoffen. Wir können und nicht aus Ehrgeiz an die Macht, sondern weil wir wünschen, die Demokratie Frankreichs, die Demokratie der ganzen Menschheit einen Schritt vorwärts zu lassen. Wir sind an der Regierung, um zu handeln, wie haben den Ehrgeiz, Taten zu thun, die unsere Zeit überdauern. Was beschließt, wir wollen

die individuelle Freiheit antasten, das wäre aber eine Sünde gegen die Grundgesetze der Umwälzung, deren rechtliche Söhne wir sind und in deren Namen wir allein zu reden das Recht haben. Die große Umwälzung sagte: Freiheit, Gleichheit, aber sie fügte hinzu: Brüderlichkeit. Erst dieses Wort vervollständigt die Formel. Wir wollen keinen Kampf der Menschen gegen einander, sondern der verbündeten Menschen gegen die Natur, das ist unser Programm. Wir wollen Herzwärme und Verzeihung nicht für einige, sondern für alle. Die gesellschaftliche Gerechtigkeit soll Wirklichkeit werden, dann wird der Klassenhaß verschwinden.“

— Gestern fanden vier Senatoren, und drei Abgeordnetenwahlen statt. Es zeigte sich, daß drei radikale Senatoren und ein radikaler Abgeordneter gewählt wurden und daß in den zwei anderen Abgeordnetenwahlen, wo ein zweites Wahlgang nötig wird, die radikalen Stimmen reichlich für die Mehrheit sind. Doch bedeutet dies keine neuen Eroberungen des Radikalismus, denn alle diese Wahlkreise waren auch bisher radikal vertreten.

— Die Kosten von Madagaskar sind für 1897 auf 13,6 Millionen angesetzt, davon entfallen 6,3 Millionen für die Verwaltung, 2 für die Verwaltung, 5,2 für die Vermittlung und Rückzahlung der bis 1923 zu tilgenden 75 Millionen, die der Eroberungszug gekostet hat. Die Verwaltung heißt für die erste nicht, daß Madagaskar selbst auch nur einen Teil dieser 13,6 Millionen bedürfen werde.

— Wie den Wählern aus Rijs gemeldet wird, werde Präsident Félix Faure nach der Einreichung des Ammendensmals am 5. März von Rom nach Cap Martin zum Besuche des Kaisers und der Kaiserin von Österreich, dann nach Monaco zum Besuche des Fürsten Albert und schließlich nach La Turbie zum Besuche des russischen Großfürsten Thronfolgers begeben.

— Die Deputiertenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung mit 502 gegen 29 Stimmen die Verträge betreffend den Kredit für die Repräsentationskosten Frankreichs bei der Krönung des Kaisers von Rußlands an. — Deloncle brachte eine Interpellation über das mit England getroffene Abkommen bezüglich Siam ein. Er gab einen vollständigen historischen Überblick über die siamische Frage, gab der Ansicht Ausdruck, daß das für sich abgeschlossene Abkommen England zu viel Zugeständnisse einräume und befürchtete, daß Siam nicht genügend Recht behalte, um die Frankreich bewilligten Vorteile vollziehen zu lassen. Deloncle fragte, ob Frankreich in Aussicht die Politik seines Vorgesandten forschen wolle; Vertheil verteidigte alsdann das erwähnte Abkommen, welches in Siam im Geiste gegenwärtiger Verbindungen abgeschlossen sei und behauptete die aus demselben hervorgehenden Vorteile.

— Der Kaiser Franz Josef ist heute vormittag um 10 Uhr 30 Min. in Mentone angekommen und von der Kaiserin am Bahnhof empfangen worden. Eine zahlreiche Menge brachte die Majestäten ehrenvoll, welche im offenen Wagen nach Cap Martin fuhren.

(„Rin. St.“) Abendsend soll sich hier demnach eine Scene aus der jüngsten parlamentarischen Geschichte Englands abgespielt haben. Die Radikalen gedenken nämlich, im ersten Rathe ihrer im Kampf gegen den Senat erscheinenden Mehrheit, dem Senate eine Reihe sozialistischer Gesetzentwürfe zuzuleiten, nicht zur Genehmigung, sondern zur Verwerfung. Ist das geschehen, hat der Senat die Arbeit der Vertreter des allgemeinen Stimmrechtes vernichtet und dadurch das Bestimmungsmaterial gegen sich angehäuft, so wird die Kammer, getragen von der Entscheidung des ganzen Volkes, Sturm gegen die Verschleppungspolitik der Oberkammer laufen. Bekanntlich verfolgten die britischen Liberalen und Gladstone und Hofberg dieselbe Politik gegen das Haus der Lords, als dieses den Home Rule Entwurf verwarf. Leider schloß dieser Takt nur eines, und zwar die Hauptfrage, der Erfolg; das Radikale und die liberale Partei gingen darüber aus den Augen. Aber nur weiß, dieser geschichtliche Ausgang konnte sich in Frankreich umgekehrt gestalten. Witterweide hat sich zu den französischen Radikalen ein seltener Bundesgenosse gestellt, der Erzbischof von Albi, Kardinal Langénier. Der Papst verfolgt den christlichen Plan, das vierzehnhundertjährige Gedächtnis der Taufe Chlodwigs in einem großartigen katholischen Fest zu feiern. Um sich die Zustimmung der Republikaner zu sichern, nimmt er seinen Standpunkt innerhalb der päpstlichen Enklave, über die Lage der Arbeiter, und sprach einem Vertreter des „Rigato“ gegenüber offen aus, daß das Programm Bourgeois' schon seit mehreren Jahren von ähnlichen Entwürfen katholischer Deputierter überholt sei. Der Kardinal hofft also, im Jahre 1896 die Katholiken aller politischen Schattierungen bei sich in Albi einwillkommen zu lassen. Offenbar schaut er die Dinge von seinem Feststandpunkt aus etwas so toll an. Die katholischen Vertreter in der Kammer sind einmüthig von dem Segen des katholischen Radikalismus oder des christlichen Sozialismus noch lange nicht überzeugt. Dieser neue Radikalismus scheint vielmehr mit seinem heftigsten Arbeiterverbanden auf die Korporationen des Mittelalters hinauszulaufen und daher mehr eine Reaktion als einen Fortschritt zu bedeuten. Immerhin aber kann sich Bourgeois den neuen radikalen Bundesgenossen erlauben lassen, so lauter er

ihm Stimmen pilgern wird, bleibt sehr vorsichtig.

Italien.

Rom, 24. Februar. Die Lage in Afrika ist bedenklich. Die Neapolitaner vergleichen Basateri dem sei Basateri genossen, seine Zufuhrstrafe von Senaje nach Adigat aufzugeben, weil sie von den Rebellen besetzt sei. Er habe jetzt nur noch die Straße über Conati zur Berprovinzierung. Wenigstens keine einen Vorstoß gegen Norden gemacht zu haben, um die rechte Flanke Basateris zu umgehen. Da neue Verhandlungen erst am 20. März in Komara eintreffen, ist Basateri in den nächsten Wochen zu einer abwartenden Unthätigkeit verurteilt. Es heißt jetzt, daß ein kommandierender General, vielleicht Pelou, als Oberkommandant nach Afrika geht. Immer lauter wird der Wunsch, daß Basateri sich nach Komara zurückziehe.

— In Gegensatz zu anderweitigen Nachrichten wird der „Volit. Cor.“ gemeldet, daß die vom russischen Ministerpräsidenten Swolski aus St. Petersburg mitgetragenen Informationen eine baldige Beilegung der Differenz, betreffend den obligatorischen Unterricht der russischen Sprache an den katholischen Seminarien in Rußland, nicht erwarten lassen. Dr. Janszki soll den Kardinal-Staatssekretär Rampolla eröffnet haben, daß die russische Regierung nicht in der Lage sei, bezüglich der in dieser Angelegenheit im Mai 1895 erlassenen Verordnung irgend eine Änderung einzutreten zu lassen. Diese Mitteilung des Ministerpräsidenten, der demnach vom Papste in Audienz empfangen wurde, habe im Vatikan peinliche Enttäuschung hervorgerufen.

(„Boff. St.“) Nach der Mailänder „Gazzetta del Popolo“ habe der italienische Botschafter in St. Petersburg bei der russischen Regierung angefragt, ob die Nachsicht auf Wahrheit beruhe, das eine offizielle abschließende Abordnung an der Krönungsfest in Moskau teilnehmen werde; in diesem Falle müßte Italien von der Entsendung eines Königl. Legations absehen und sich lediglich durch den Botschafter vertreten lassen. Wahrscheinlich werde infolge der Anfrage trotz dem Widerspruch des heiligen Stuhls der Empfang der abschließenden Abordnung erst nach den Krönungsfeierlichkeiten stattfinden.

General Basateri telegraphierte am 23. v. Mts. aus Sauriat: Alle Corps der Abessynier haben sich gestern nachmittags gemeinsam in der Richtung nach Adua in Bewegung gesetzt. Negus Menelik ließ die Pässe von Marim Erioum gegenüber den italienischen Erklärungen und von Gualcotti gegenüber dem Warb hart besetzt. — Die Provinz Abchaze ist unter den Abhängigen des Kos Sedat und dessen Kindern geteilt. Diese werden Sedat vor, er führe den Untergrund des Landes herbei. — Rundschreiben, welche von Raschid zurückgelassen, melden, die Demosche bitten sich in der Richtung nach Todi zurückgezogen.

Großbritannien.

London, 24. Februar. In der heutigen Sitzung des Oberhauses vermahnte sich Lord Salisbury gegen den Vorwurf, daß seine Rede, welche er gegen Ende vorigen Jahres bei dem Empfang einer Deputation der „Landwirtschaftlichen Vereinigung“ gehalten habe, als ein Beifortworts des Schutzsystems gedeutet werden könne. Ein Schutzzoll für Lebensbedürfnisse sei eine Maßregel, welche in England so bald nicht angenommen werden würde. Die Konsumenten würden glauben, daß unter einem solchen System ihre Interessen denen der Grundbesitzer geopfert würden; im übrigen wiederhole er seine frühere Erklärung, daß das Beispiel Frankreichs seine, daß der Schutzoll den Grundbesitzern und Bauern einen wirklichen Vorteil erwähre, und daß nichts, was er gesagt habe, billigerweise als Begründung des Schutzsystems gedeutet werden könne.

— Um der ihnen zuzuschickenden Subsidien vorzubeugen, wurden Dr. Jameson und seine Beauftragte heute in der frühesten Morgenstunde in aller Stille in Plymouth gelandet und in einem herzoglichen Sonderzuge nach London gebracht, wo sie durch vom Bahnhofe nach dem Polizeigericht in Postkutsche gebracht wurden, um dort unter Aufsicht gestellt zu werden. Nach eingeleiteter Vernehmung, die angeblich nur wenige Minuten beanspruchte, wurden Jameson und Genossen gegen Missethätigkeit auf freien Fuß gesetzt. Ob ihnen der Trost von der Jury oder einem Richterkollegium erwidert wird, ist noch unbekannt. Die gestern gelandeten Mannschaften Jamesons berichten aber das Treffen bei Doornkop (Krugersdorp), wobei sie in den Hauptkugeln mit den bekannten Einzelheiten übereinstimmen. Ein Soldat behauptet jedoch, Jameson habe einen Befehl der Reichsregierung, unzureichend, erst während des Kampfes erhalten, worauf er sofort kapituliert habe.

Rußland.

St. Petersburg, 22. Februar. Der schrittweise Originalbericht des Sohans Reichens der „St. Petersburgskaja Wjedomosti“ erregt hier ein wohl gerechtfertigtes Aufsehen. Die Behauptung dieses „Senners der Lage in Pulaarim“, daß Rußland einen Fehler begangen

habe, indem es sich so leichtem Dingen zur Anerkennung des in ganz Bulgarien vertheilten Prinzen Ferdinand entschlossen habe, und daß ein Thronwechsel in Bulgarien den Interessen des Jarenreiches ungleich vorteilhafter sein würde, warf besonders zurecht auf die stets zum Widerstand geneigten russischen Vertheilten. Der Herausgeber der „Kowoje Wremja“ berückte sich auch, dem erwähnten Blatte den Standpunkt in Bezug auf Beurteilung der jüngsten Wendung in Bulgarien klar zu machen. „Was veranlaßt denn den Prinzen Ferdinand — so schreibt er in seinem „Kleinen Briefe“ — mit dem Katholizismus zu brechen und in die Konversion seines Sohnes zu willigen? Das Verlangen nach einer Ausöhnung mit Rußland, so lautet die allgemein bekannte Antwort. Selbst Stambulow legte diesen Wunsch, wie man es aus seiner Unterredung mit S. S. Tatschschew herauslesen kann. Stambulows Behauptung, er habe Bulgarien von Rußland mindestens für die Dauer von 50 Jahren getrennt, war ja doch nur eine Phrase. Er hätte als ein Opfer seiner Hartnäckigkeit. Warum demnach Rußland seine Rechte nicht, den gehönten Prinzen zu kürzen und auf Bulgarien zu entfernen? Fragen die bulgarischen Patrioten. Sehr einfach, weil für Rußland Bulgarien und nicht die bulgarischen Emigranten und Parteien wichtig sind. Ich persönlich bin der Ansicht, daß man seinem Wunsche, sei er Emigrant oder Minister, die Finger in den Mund legen darf —, er heißt schließlich ja unter der bulgarischen Intelligenz in dank dem Parlamentarismus eine zahlreiche Klasse von politischen Exilanten enthalten, welche die Bevölkerung in eigenem Namen auszubilden suchen. Mit diesen Herren muß man sehr vorsichtig sein. Man darf ihnen nicht glauben, wenn sie jetzt in der „St. Petersburg. Wj.“ vom Grafen Russow sagen: „Ein Wort von ihm würde genügen, damit ganz Bulgarien ihm in den Tod folge.“ Mit solchen Gemeinplätzen kann man uns Rußen nicht mehr täuschen. Die lange Korrespondenz der „St. Petersburg. Wj.“ und alle Beurteilungen der Herren bulgarischen Emigranten sind nichts als Phrasen einer Partei, die nicht am Ruder ist. Rußland wünscht Bulgarien Ruhe und Beschäftigung. Es weiß sehr gut, daß die Wahl eines neuen Fürsten mit einer wüsten Agitation und Erregung verbunden wäre, eine internationale Frage hervorzurufen und Rußland von anderen Sorgen ablenken würde. Wer würde die Stelle des Prinzen Ferdinand einnehmen? Gut, wenn die Bulgaren den Leiter der „St. Petersburg. Wj.“ Fürst Udionoff wählen würden. Für seine Ergebenheit gegen Rußland könnte man natürlich bürgen, außerdem kann er bei seiner prophetischen Begabung zukünftige Dinge voraussagen. Doch wer auch Fürst von Bulgarien sein mag, er müßte doch Bulgaren werden und bulgarische Interessen vertreten. Bei der Anerkennung des Prinzen Ferdinand haben wir es mit einer bekannten Persönlichkeit zu thun und können unsere Politik demgemäß einrichten. Die Wahl eines neuen Fürsten, selbst in der Person des Fürsten Udionoff oder irgend eines anderen russischen Fürsten oder Grafen, den Rußland ganz abgesehen, würde uns als Bulgaren abermals einer unbestimmten Größe gegenüberstellen. Der Korrespondent, offenbar ein Bulgarer, behauptet, Bulgarien würde an Rußland, Rußland und Bulgos, ja selbst die Hälfte Bulgariens abgetreten haben, wenn es den Prinzen Ferdinand nicht angenommen brauchte. Wie freigelegt viele Gegner der jugoslawischen Dynastie doch sind und eine vor schlechte Meinung für den Rußland haben! Sie gäben uns die „Halbe Bulgariens“, als ob sie sie befehen und als ob Rußland jemals an einen Zufall mit ihnen gedacht hätte. Außerdem glaube ich seinem Bulgaren, daß er ein Bulgarer und ein wohlthätiger Slave sei, wenn er solche Worte ausspricht. Nur ein Schwärmer und Lügner spricht so, der nach Recht, Recht und abermals Recht strebt, der mit größter Selbstliebe über Juntasende von russischen Leuten hinweghört, um ein bulgarisches Ministerpräsidenten zu erlangen. Was dieser Korrespondent für ein Mann ist, erhellt man aus seinem Vorlesung, die Zeitung des Landes Verlo Karawelow, einen englisch Rußland „jenseitig ergebener“ Mann mit einem „Rußland“ jenseitig und hoch lebenden Herzen, zu übertragen. Daß Verlo Karawelow Bulgaren heißt, glaube ich ja recht. Doch daß das heißt auch bezüglich Rußlands der Fall sei, ist nicht wahr. Der Korrespondent erklärt sogar, daß Verlo Karawelow sei durch die Anerkennung des Prinzen Ferdinand „mit Ikaros, glühende Pfeilen unheilbar verunndert“. In Karawelow soll auch die ganze Nation verlore sein! Wie scheint das überaus wenig Sinn zu sein, daß Karawelow sich einen so ungeschickten Verteidiger auswählt hat. Wogu uns mit diesen sentimentalischen dummen Phrasen täuschen? Für uns sind politische Momente nichts, was prägt die Erkenntnis, daß Bulgarien ohne Rußland nicht existiert. Man muß einander verstehen, und die Solidarität durch den Gang der politischen Ereignisse, die unbedingt existieren und sich noch mehr weiterentwickeln werden.

St. Petersburg, 24. Februar. Der ehemalige russische Generalkonsul in Esul, Staatsrat Werber, der im Vorjahre durch den Generalkonsul Speier ersetzt wurde, wird, wie verlautet, auf besondere Bitte des Königs von Korea, selbst und zwar zunächst als Ratgeber des Königs von Korea verbleiben.

Stunde und durch keinerlei Gesellschaftstrübel ließ Dr. Alling sich niemals abhalten, seinen Pflichten nachzugehen. Er war ein Genie der Arbeit; er hand mit frischen Kräften und klarem Kopf des Morgens auf. Der Gedanke an seine Unternehmungen, welche gerade geplant oder eingeleitet waren, erfüllte ihn mit dem gleichen Blick wie die Liebe zu seiner Frau. Er besprach alles mit ihr. Die Morgenstunden, wo die Tochter schlafen durfte, so lange es ihr beliebte, gab dem Ehepaar täglich neu den Reiz ihres ersten geliebten Beisammenseins zurück.

Mathilde Alling, immer anmutig und von jenem Glanz der Schönheit umstrahlt, welcher nur glücklich liebenden Frauen eigen ist, bediente ihren Mann selbst, bereite ihm den Kaffee, reichte ihm die Tasse. Er nahm das täglich mit der immer gleichen Freude an ihrer Unterordnung entgegen, sah immer mit dem Vergnügen des Verliebten die zierlichen Morgen-toiletten seiner Frau an, mit denen sie zu seiner Überraschung beständig wechselte.

Werde zum Weib.

Roman von Ida Boy-Ed.

(Fortsetzung.)

„Ah, Frau Schwägerin“, sagte Ludolf Sandbach mit einer gutturalen Stimme, die langsam, als habe er das Bedürfnis sich zu räupern und unterlasse es; „ist der liebe Junge frank gewesen, daß man Dich hier sieht, bei dem Wetter?“

Er kam daher heran an Marie-Luise und schenkte ihr die Hand reichen zu wollen, wenigstens löste er den rechten Daumen aus der Hosentasche. Aber die Hand fiel schlaff nieder.

Fest und drohend ruhte das graue Auge auf ihm und schien in sein Inneres zu sehen.

Es war ein merkwürdiges Schauspiel für Eugen; er sah, daß die Frau alle ihre Seelenkraft zusammennahm, um den anderen schweigend zur Demut und Neue niederzuzwingen.

Und es gelang ihr. Denn ein dunkles Rot überzog langsam Ludolfs Gesicht, und seine Lippen murmelten etwas von „nicht wieder vorkommen“ — „sehr leid“ — „hoffe, daß inzwischen hier nichts passiert ist.“

Dann reichte Marie-Luise ihm die Fingerringe, und während ihr Gesicht den gewohnten ruhigen Ausdruck wieder annahm, sprach sie:

„Ich schicke Dir Dein Abendessen hinauf. Wie Du siehst, bin ich nicht allein und wünsche mit diesem

Vater, der noch mit dem letzten Zuge zurückfahren will, zu sprechen.“

Ludolf vernahm sich in der Richtung, wo Eugen stand, und mit einem verfinsterten Lächeln, das Eugen empörte, ging er hinaus.

„An Gotteswillen, teure Freundin“, rief Eugen, „ich fürchte, daß Ihre Herrschaft über diesen Mann nur Augenblicksdauer hat. Dieses Angeficht spricht von allem, nur nicht von Erkenntnis und Besserung. Er schämt sich, aber er wird es nachher heißen, weil er sich schämen mußte. Er ist der Schwäger — aber Feigheit und Hinterlist haben auch ihre Wunden. Vergeben Sie: aber Ihr Frauenbild und Ihr edelmütiges Streben, befehen zu wollen, täuschen Sie. Glauben Sie sich. Werfen Sie Ihre Güte und Ihre Strenge nicht weg. Ich habe praktisch mit Verbrehern zu thun gehabt als Referendar — diese Prägung leane ich!“

Marie-Luise sah ihn traurig an.

„Aber es ist doch eine von meinen Pflichten, die ich mir gewählt habe“, murmelte sie mit einem fast kindlichen Ausdruck.

„Versieht nicht mich der erste Eindruck“, antwortete Eugen einlaufend, „ich werde den Mann wiedersehen. Denn ich darf doch wiederkommen.“

„Gewiß“, sprach sie, „für jetzt freilich nicht, da ich in wenigen Tagen heimkehre. Ich danke Ihnen nicht mit vielen Worten, daß Sie an diesem traurigen Abend mit mir gekommen sind. Sie haben mir wohlgethan — sehr wohlgethan.“

VIII.
Die Familie Alling sah beim zweiten Frühstück. Das erste nahm Dr. Alling schon sehr zeitig mit der Gattin allein ein. Das Geschäft lief ihn zu früher

(Fortsetzung folgt.)

Dresdner Börse, 25. Februar 1896.

Table with columns for 'Staatspapiere u. Fonds', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Eichl. Staatsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Deutscher Reichsanleihe', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Deutsche Reichsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Deutsche Reichsanleihe', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Deutsche Reichsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Deutsche Reichsanleihe', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Deutsche Reichsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Deutsche Reichsanleihe', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Deutsche Reichsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Table with columns for 'Deutsche Reichsanleihe', 'Deutsche Reichsanleihe', and 'Deutsche Reichsanleihe'. It lists various government bonds and their prices.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.

Neueste Börsennotizen

Text block containing the latest market news and commentary on the day's trading.